

# „Wie soll das weitergehen?“ stöhnt Oberbürgermeister Klotz

## aus Westdeutschland . . .

„Am 7. Juli 1953“, sagte Genosse Weidauer, Oberbürgermeister von Dresden, in seinem Diskussionsbeitrag auf dem IV. Parteitag, „veröffentlichte der Deutsche Städtetag Angaben über die Verschuldung westdeutscher Städte. So hatten schon Mitte 1952 folgende Städte Schulden je Kopf der Bevölkerung: Mannheim 248 Mark, Pforzheim 254 Mark, Freiburg 296 Mark, Ulm 315 Mark. Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß bei dem Tempo der Verschuldung heute schon 400 Mark je Kopf der Einwohner erreicht sind. Kein Wunder, wenn Oberbürgermeister Klotz aus Karlsruhe bei der vorjährigen Haushaltsberatung ausrief: »Wie soll das weitergehen? Eines Tages wird die Grenze erreicht sein, wo der Schuldendienst den ordentlichen Haushalt so schwer belastet, daß neue Darlehen nicht mehr aufgenommen werden können und der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten ist.<sup>4</sup> Die Monopolkapitalisten und Kriegstreiber setzen, im Bestreben, den Maximalprofit zu sichern und die Kosten der Aufrüstung auf die Massen abzuwälzen, die Gemeinden immer stärker unter Druck, um sie noch mehr als Instrument zur Ausplünderung der Massen zu verwenden.

Wie rapid die kleinen Städte und Dörfer in den Strudel der Verschuldung hineingerissen werden, zeigt eine Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen vom 31. März 1953. Hatten 1950 erst 40 Prozent der kreisangehörigen Gemeinden neue Schulden aufnehmen müssen, so waren es 1953 schon 90 Prozent. Bei den kreisfreien Städten waren 1950 erst 25 Prozent neu verschuldet, dagegen drei Jahre später schon 83 Prozent. Bei den Landkreisen waren es 32 Prozent im Jahre 1950 gegenüber 91 Prozent im Jahre 1953. Noch drastischer wird die katastrophale Situation auf finanzpolitischem Gebiet für die westdeutschen Städte und Dörfer sichtbar, wenn wir uns die Zinsbelastung ansehen. Die amtlichen, zweifellos schöngefärbten Bonner Berichte geben offen zu, daß nur bei 50 Prozent aller Kommunalkredite die Verzinsung bei 5 bis 7 Prozent liegt, und daß für die weiteren 50 Prozent 8 bis 10 Prozent Zinsen gezahlt werden müssen. Viele westdeutsche Kommunalpolitiker werden angesichts einer solchen schweren Bürde ebenso wie der Oberbürgermeister Klotz fragen: Sollen wir unsere Verkehrsbetriebe verlottern und veralten lassen? Sollen wir der katastrophalen Wohnungsnot nicht von der Gemeinde her einigermaßen entgegensteuern, keine Verbesserung der Krankenanstalten vornehmen, keine so notwendigen Altersheime errichten? Sollen wir nichts für die wirtschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung unserer Stadt tun?

Niemand in der Deutschen Demokratischen Republik wird auf den Gedanken kommen, daß der Wiederaufbau unserer Städte, die Erweiterung und Verbesserung unserer Versorgung, der Bau von Altersheimen und Schulen uns für viele Jahrzehnte untragbare Lasten auferlegt. Der Bau und die Einrichtung solcher Anlagen, Heime, Wohnungen usw. ist bei uns untrennbar mit einem wachsenden Wohlstand der Gemeinden und Städte verbunden. In der Deutschen Demokratischen Republik, dem Staat der Arbeiter und Bauern, wird die Politik ausschließlich von den Interessen der Werktätigen bestimmt. Die Vertretungskörperschaften in den Städten und Gemeinden sind ein wichtiges Instrument der Werktätigen, ihre Politik durchzuführen und die Macht der Arbeiter und Bauern zu festigen ...“

Deshalb ist die Forderung des deutschen Volkes: Verständigung zwischen Ost und West, Abschluß eines Friedensvertrages

■ ••iy Abzi l a alle? Beso11.unq&m dcbZe — hin-

...J L M J V G a : G < n ? a I ver f r . r o l v e r t r a t .

Tausendfache Wohnungselend



In Westdeutschland können die Städte ihren Wohnungsbau nur mit Anleihen zu wucherischen Bedingungen durchführen, die mit ihren Hypothekenzinsen bis zu 14 Prozent glänzende Geschäfte für die Monopolkapitalisten bedeuten. Die sich daraus ergebenden hohen Wohnungsmieten zwingen die meisten Werktätigen, weiter in Behelfswohnungen, Nissenhütten und Bunkerhöhlen zu hausen, während in den Wohnungsneubauten die Familien der Besatzer wohnen. Dagegen ist die Deutsche Demokratische Republik ein riesiger Bauplatz, wo die Wohnungsbauten (neben den Industriebauten) einen großen Raum einnehmen. Die Mittel gibt unsere Regierung ohne einen Pfennig Hypothekenzinsen zu verlangen. Für diese Neubauten, hellen schönen Wohnungen zahlen die Werktätigen eine so geringe Miete, wie es in keinem kapitalistischen Lande möglich ist.

Moderne, billige Wohnungen für unsere Werktätigen

